

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro des Bürgermeisters	Datum: 18.04.2016	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 4.2	Bezeichnung der Vorlage: Antrag der SPD-Fraktion gem. § 20 der Geschäftsordnung des Rates vom 15.04.2016; hier: "Erstellung eines Integrationskonzepts"		Datum: 19.04.2016
Vorlage-Nr: VO/3558/16			Bürgermeister: gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	26.04.2016	Rat der Stadt Wegberg	

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hat mit Datum vom 15.04.2016 den nachfolgenden Antrag gem. § 20 der Geschäftsordnung des Rates gestellt:

„Erstellung eines Integrationskonzepts“

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, den Antrag in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Sport zu verweisen.

Anlage/n:

Antrag SPD-Fraktion „Erstellung eines Integrationskonzepts“

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten	Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten
gez. Lambertz	FBL Büro BM



SPD-Fraktion Wegberg, Hauptstr. 45, 41844 Wegberg

Herrn Bürgermeister
Michael Stock
Rathaus
41844 Wegberg

Geschäftsstelle: Hauptstr. 45, 41844 Wegberg
Internet : www.spd-wegberg.de
E-Mail : fraktion@spd-wegberg.de
Telefon : 02434-917111
Bankverbindung: Kreissparkasse Heinsberg
BLZ: 31251220
Konto-Nr.: 4008702

Wegberg, den 15.04.2016

Antrag gem. § 20 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse

Sehr geehrter Herr Stock,
die SPD-Fraktion beantragt, Folgendes zu beschließen:

Der Rat der Stadt Wegberg möge die Verwaltung beauftragen:

1. eine Analyse der derzeitigen Integrationsbemühungen im Stadtgebiet vorzunehmen. Hierbei sollen sowohl die städtischen Initiativen und Aktivitäten (auch unter Darstellung der personal-organisatorischen Strukturen) als auch die ehrenamtlichen Strukturen betrachtet werden,
2. anhand der Analysezahlen eine fachliche Beurteilung der integrativen Bemühungen vorzunehmen und so die Bedarfe für eine aktive Integration zu ermitteln und
3. ein Integrationskonzept zu erstellen, welches u. a. die besondere Begebenheit der Zentralen Unterbringungseinrichtung berücksichtigt. Hierbei soll auch die Inanspruchnahme von Fördermitteln des Landes und des Bundes berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Stadt Wegberg steht wie viele andere Kommunen vor der großen Herausforderung, den wachsenden Zustrom von Flüchtlingen zu meistern. Wegberg hat durch eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Kreis und der Bezirksregierung dazu beigetragen, dass im Endausbau der Zentralen Unterbringungseinrichtung Wegberg bis zu 1.200 Menschen eine erste Ankunft in Deutschland ermöglicht wird. Mittel- und langfristig steht auch die Stadt vor der großen

Herausforderung, den Menschen, die eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland haben, hier eine Heimat zu bieten. Wegberg ist weltoffen und hilfsbereit. Die Wegberger Bevölkerung nimmt die Menschen offenherzig und mit herausragendem Engagement auf. Das Schlagwort „Integration“ bedarf für Wegberg aus Sicht der SPD-Fraktion einer Definition, damit sie gelingt.

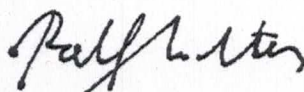
Für Wegberg stellt sich die besondere Situation dar, dass das Land NRW eine Zentrale Unterbringungseinrichtung in Wegberg Petersholz betreibt, wodurch zurzeit nur noch wenige Zuweisungen von asylbegehrenden Menschen in die städtischen Einrichtungen erfolgt. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass zeitweise eine recht große Zahl an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auf dem Gelände der ZUE untergebracht ist.

Die SPD-Fraktion sieht durch die derzeitige Zuwanderung eine Chance, die Effekte des demographischen Wandels abzumildern. Ziel sollte es sein, alle in Wegberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft einzubinden. Dies gelingt insbesondere dann, wenn schnell die erforderlichen Sprachkenntnisse der deutschen Sprache erworben werden und auch zeitnah eine Arbeit aufgenommen wird. Hierbei ist anfänglich eine intensive Betreuung und Hilfestellung erforderlich. So ist es eine zusätzliche Chance, dass junge Menschen den Wegberger Unternehmen als Arbeitskräfte in allen Beschäftigungssegmenten zur Verfügung stehen können.

Mit diesen Chancen sind allerdings auch erhebliche Herausforderungen verbunden. Dies gilt insbesondere zu folgenden Themenfeldern: Städtebau (insbesondere die Schaffung von sozialem Wohnungsbau) Schulen, Kindertagesstätten, ÖPNV, Vereinsleben, kulturelles und religiöses Zusammenleben.

Auf diese Herausforderungen muss sich die Stadt Wegberg vorbereiten. Aus diesem Grund bittet die SPD-Fraktion die Verwaltung zunächst darum, eine Bestandsaufnahme von Integrativen Maßnahmen in der Stadt aufzubereiten. In einem weiteren Schritt bittet die SPD-Fraktion die Verwaltung darum, die Erkenntnisse aus der Analyse zu nutzen, um die Bedarfe aufzuzeigen, die notwendig sind, dass das Ziel einer guten Integration in Wegberg gelingen kann. Schließlich bittet die SPD-Fraktion, aus den Erkenntnissen ein eigenständiges Integrationskonzept zu erstellen, welches die Verwaltung in die Lage versetzt, zukünftig die Chancen der Zuwanderung nach Wegberg gesteuert und zielgerichtet für die Belange der Stadt zu realisieren.

Bei der Umsetzung sollte die Verwaltung nach Ansicht der SPD-Fraktion die vielfältigen Fördermöglichkeiten prüfen und ggfs. in Anspruch nehmen.



Fraktionsvorsitzender